



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 2503, TELEFON: 73041, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH). MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK NUR NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION. (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FÜHRUNG DIESER NAMENS DURCH DIE UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

12. Juni
11/78

Konzil wählt Übergangsrektorat

●eine Kandidatur von Krüger und Busch

Am kommenden Mittwoch soll im Konzil ein neuer Rektor gewählt werden, der kein Jahr amtiert wird, weil schon im nächsten Jahr ein Präsident nach dem neuen Niedersächsischen Hochschulgesetz bestimmt werden muß. Der amtierende Rektor, Professor Rainer Krüger, und sein Stellvertreter, Professor Friedrich W. Busch, werden für das »Übergangsrektorat« nicht mehr kandidieren. Dagegen bewirbt sich der Erziehungswissenschaftler und derzeitige Vorsitzende des Fachbereichs I, Professor Jost von Maydell, um das Amt des Rektors. Er ist Mitglied der liberalen Hochschullehrergruppe »Demokratische Hochschule«. Für das Amt des Stellvertreters kandidiert der Wirtschaftswissenschaftler Professor Wolfgang Pfaffenberger, der dem Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) angehört. Zur überraschenden Nichtkandidatur von Rainer Krüger und Friedrich W. Busch nachfolgend ein Interview.

UNI-INFO: Herr Krüger, Herr Busch, Sie beide werden nicht mehr für das Amt des Rektors bzw. des stellvertretenden Rektors kandidieren, obwohl Ihnen im Konzil eine Wiederwahl sicher wäre. Warum werfen Sie das Handtuch?

KRÜGER: So würde ich es nicht ausdrücken. Zunächst ist es eigentlich ein normaler Vorgang, daß ein Rektor nach zwei vollen Amtsperioden auch anderen die Aufgabe, die Universität zu führen, überläßt. Das wichtigere ist aber, daß es ein bewußter politischer Schritt ist, den Herr Busch und ich getan haben.

UNI-INFO: Können Sie das vielleicht verdeutlichen?

KRÜGER: Ab 1. Oktober wird ein Hochschulgesetz inkrafttreten, das die Rahmenbedingungen für die Forschung, Lehre, Studium und auch für politische Verhaltensmöglichkeiten innerhalb der Hochschulen verändert. Gleichzeitig wird im Herbst dieses Jahres endgültig auf Landesebene, aber auch auf Bundesebene, die Studienreform für alle niedersächsischen Studiengänge eingeleitet werden; und auch die bauliche und sonstige materielle Misere wird nicht nur für ein halbes oder drei Viertel Jahr, sondern für 2 bis 4 Jahre andauern.

UNI-INFO: Wäre es dann nicht umso

wichtiger, daß ein erfahrenes Team, das schon zahlreiche Konflikte mit dem Ministerium durchgestanden hat, weiterhin an der Spitze der Universität bleibt? KRÜGER: Das wichtigere ist, daß es in jedem Fall eine Universitätsleitung ist, die sich auf einen festen, breiten politischen Rückhalt innerhalb der Hochschulen stützen kann. Und unsere Aussage, jetzt nicht für die Übergangszeit zu kandidieren, bezieht sich just auf diesen Punkt, daß zunächst einmal die politischen Gruppen innerhalb der Universität ihr Verhalten, und nicht nur für eine kurzfristige Zeit von einem halben oder drei Viertel Jahr, sondern für die nächsten Jahre festlegen müßten, um überhaupt diesen verschärften Außenbedingungen standhalten zu können. Das heißt: es müßte nach einer grundsätzlichen politischen Analyse der Versuch gemacht werden, zu einer breiteren politischen Plattform, zu einem vielleicht koalitionsfähigen Bündnis zu kommen, das eine zukünftige Universitätsleitung nicht nur für eine scheinbar kurzfristige Anpassungsperiode, sondern für einen längeren Zeitraum fest mittragen kann.

UNI-INFO: Heißt das, daß Sie der Meinung sind, daß jetzt vor der Rektorwahl oder vor der Wahl Ihrer Nachfolger eine

Fortsetzung Seite 2

Sozialkundelehrer für Geschichte

Nach Auskunft des Prüfungsamtes können Studenten, die das Unterrichtsfach Sozialkunde gewählt haben, durch eine Zusatzprüfung auch die Befähigung für den Unterricht im Fach Geschichte erlangen. Diese Regelung für die einphasige Lehrerbildung soll in die Prüfungsordnung nach Angaben des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst aufgenommen werden. Wie das Prüfungsamt weiterhin mitteilte, können die Fächer Biologie, Chemie, Erdkunde, Geschichte, Physik oder Sozialkunde an die Stelle von Lernbereichen für den Primarbereich der Schulen treten, solange dieses Studium an den Universitäten in Oldenburg und Osnabrück nicht eingerichtet worden ist. Eine Übergangsbestimmung der Prüfungsordnung für die einphasige Lehrerbildung soll diese vorübergehende Lösung garantieren.

Parkplatznot

Im Juli beginnen die Bauarbeiten für eine Parkpalette zwischem dem Heizhaus und dem Verfügungsgebäude. Dies wird vorübergehend zu noch größeren Parkproblemen im Bereich der Universität führen - auch wenn Notparkplätze zwischen dem AVZ und dem VG geschaffen werden. Das Befahren dieser Parkplätze darf, so die Uni-Leitung - nur mit größter Umsicht erfolgen und geschieht auf eigene Gefahr. Gleichzeitig weist die Uni-Leitung darauf hin, daß nach wie vor alle auf gelben Kreuzen abgestellten PKW kostenpflichtig zu Lasten des Halters abgeschleppt werden.

Neue Rufnummern

Nicht nur die zentrale Rufnummer der Universität hat sich geändert (Neue Rufnummer: 73 041), sondern auch die Einzelanschlüsse zu den verschiedenen Einrichtungen der Hochschule.

Die neuen Rufnummern:

Rechenzentrum	7 47 56
KWW	7 47 55
ZpB	7 30 89
NQ-Projekt	7 20 85

Ministerium verzögert die Berufung von H. Blankertz

Als extremen Fall der Behinderung eines ordentlichen Studiums und eines qualifizierten Ausbaus der Universität hat das Rektorat in einer Stellungnahme die offensichtliche Verzögerung des Ministeriums bezeichnet, den renommierten Erziehungswissenschaftler an der Universität Münster, Professor Herwig Blankertz, nicht für die Stelle »Theorie der beruflichen Bildung« zu berufen.

Seit dem 14. September vergangenen Jahres steht auf Beschluß der zuständigen Universitätsorgane (Fachbereich III und Senat) der Erziehungswissenschaftler auf Platz 1 der Berufsliste. Mit Blankertz hat die Universität einen erfahrenen Hochschullehrer von hohem internationalen Rang für eine Berufung vorgeschlagen. Bereits 1964 erhielt Blankertz einen Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik an der Freien Universität Berlin und wechselte danach auf die Professur für Pädagogik und Philosophie an der Universität Münster. Seit 1972 ist der Hochschullehrer Leiter der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchs Kollegstufe in Nordrhein-Westfalen. Seine zahlreichen

Veröffentlichungen sind weit über den Kreis der Erziehungswissenschaftler hinaus bekannt geworden. Zu den bekanntesten gehört der inzwischen in 9. Auflage vorliegende Band »Theorien und Modelle der Didaktik«, der als das Standardwerk der Didaktik gilt.

Um diesen qualifizierten Wissenschaftler nach Oldenburg zu holen, ist die Universität wiederholt in Hannover vorstellig geworden, um das Berufungsverfahren erfolgreich zum Abschluß zu bringen, doch bisher noch immer vergeblich. Dazu erklärte das Rektorat, es könne nicht hingenommen werden, daß ein Minister der Universität öffentlich vorhalte, sie schlage für Berufungen nach Oldenburg zu selten hochqualifizierte Bewerber vor, wenn er selbst solche Berufungen bewußt zu verhindern suche. Die erhebliche Verzögerung im Berufungsverfahren der Stelle, für die Blankertz vorgesehen sei, bedeute für Studenten der Wirtschaftswissenschaft, daß sie wichtige Teile der Studien- und Prüfungsordnung nicht durch Veranstaltungen bearbeiten können und damit in der Vorbereitung ihrer Examina massiv behindert würden.

Konzipient wählt Übergangsrektorat /Fortsetzung von Seite 1

längere politische Diskussion in Gang gebracht werden müßte?

BUSCH: Ich würde genau dieses unterstreichen, denn es kommt nicht darauf an festzustellen, ob man das Handtuch wirft oder daß man eine Situation erreicht hat, in der Personen ausgetauscht werden könnten. Die gegenwärtige Situation verlangt es, auf eine Konsensbildung hinzuwirken, die es ermöglicht, der neuen Situation, in die die Universität durch das Inkrafttreten des NHG geraten ist, zu entsprechen.

UNI-INFO: Bisher hat es an der Universität in bestimmten Grundsatzfragen einen Minimal-Konsens gegeben. Seit kurzer Zeit ist jedoch sowohl in der Studentenschaft als auch unter den Lehrenden eine zunehmende Polarisierung zu beobachten. Glauben Sie ernsthaft, daß man diese Tendenz angesichts des NHG überhaupt noch stoppen kann?

BUSCH: Wenn wir der Meinung wären, daß man diese Tendenz ohne weiteres stoppen könnte, wäre möglicherweise unsere Entscheidung auch anders ausgefallen. Nur, diese Entscheidung fällt nicht ein eingespieltes Team, sondern muß gefällt werden unter Einbeziehung aller politischen Kräfte, die sich verantwortlich wissen für diese Universität.

UNI-INFO: Das würde heißen, daß Sie eine Kandidatur für das Amt des Präsidenten, der ja im nächsten Jahr gewählt wird, nicht ausschließen würden, wenn es doch noch so etwas wie eine Konsensbildung geben würde?

KRÜGER: Ich will es so beantworten. Es gibt sowohl für Herrn Busch als auch für mich sehr gute Alternativen einer Rückkehr in die wissenschaftliche und fachliche Arbeit, die wir uns durchaus wünschen würden. Was uns ganz vordringlich erscheint, ist, daß nicht jetzt schon Spekulationen anheben über personelle Konsequenzen für eine endgültige Universitätsleitung ab 1979, sondern daß die Universität, die den Versuch unternommen hat, Forschung, Lehre und Studium als Reformhochschule zu betreiben, und auch Elemente dieser Reformen immer noch durchhalten konnte, sich zunächst einmal überlegt, ob dies auch fürderhin möglich sein wird. Das heißt: ob sich der Einsatz lohnt, ein breiteres politisches Bündnis zu schließen, um beispielsweise die einphasige Lehrerbildung, das Projektstudium, durchaus in selbstkritischer Fortentwicklung, weiterzuführen und auch darauf zu achten, daß der erreichte Stand an Demokratisierung durch alle Statusgruppen hindurch weitergeführt wird. Erst wenn diese prinzipiellen Fragen geklärt sind, sollte man in der Universität daran gehen, zu fragen, welche Personen könnten diejenigen sein, die ein solches Programm dann auch dauerhafter verwirklichen und sich dabei auf festen Rückhalt der politischen Gruppen stützen können.

UNI-INFO: Nach Ihrer Meinung müßte sich also ein Präsident nicht nur auf eine quantitativ, sondern auch auf eine qualitativ große Mehrheit stützen können, die

Informatikunterricht

In immer stärkerem Ausmaß finden Themen aus der EDV und der Informatik Eingang in den Schulunterricht, sei es dabei als notwendige Ergänzung im Fach Büroorganisation an den berufsbildenden Schulen, als Thema des Mathematikunterrichts oder auch in Form eines eigenständigen Faches. Die Rahmenbedingungen, unter denen dieser Unterricht stattfindet, sollen nun in einer empirischen Untersuchung erforscht werden, die gemeinsam von Vertretern der Universität Oldenburg und Schulen durchgeführt wird. Die Zusammenarbeit kam aufgrund einer Tagung in der Uni zustande. Initiatoren und Durchführende sind die Mitglieder eines Gremiums, das von Teilnehmern der Fachtagung »Informatikunterricht in Kooperation zwischen Universität und Schule« eingesetzt worden ist.

Unterstützt wird dieses Vorhaben von dem Fachberater für Informatik des niedersächsischen Kultusministers.

Für den September 1978 werden erste Ergebnisse erwartet, die als Grundlage für die konstituierende Sitzung eines Arbeitskreises Informatikunterricht dienen sollen. Darüber hinaus finden sie ihren Niederschlag in einem Kurs des Wintersemesters. Titel: Informatik in der Schule.

bereit ist zu programmatischen Aussagen. KRÜGER: Genauso ist es. Zum jetzigen Zeitpunkt hätten Herr Busch und ich eine breite Mehrheit im Sinne einer Zählgemeinschaft erhalten können, die sich aber auf keinen fundierten politischen Konsens berufen kann. Die Qualität des politischen Programms unter den verschärften Aussehenbedingungen muß jetzt für die nächsten Jahre diskutiert werden, und erst danach sollte die Frage gestellt werden, ob es geeignete Vertreter innerhalb der Hochschule, die ein solches Programm auch loyal ausführen könnten.

UNI-INFO: Sie sind also in keinem Fall zur Übernahme des Übergangsrektorats bereit?

BUSCH: Ja, so ist es. Das trifft für uns beide zu, und wir meinen, das auch in den inzwischen stattgefundenen Gesprächen hinreichend deutlich gemacht zu haben. Wir sind in den vergangenen Tagen, als bekannt wurde, daß wir für das Amt des Rektors und des stellvertretenden Rektors nicht wieder kandidieren würden, von verschiedenen Personen und Gruppierungen angesprochen worden, gerade auch auf die Frage einer eventuell späteren Kandidatur. Wir haben in allen Gesprächen deutlich gemacht, daß es uns darum geht, die Willensbildung und die politische Konsensbildung der engagierten politischen Hochschulgruppen herzustellen. Das ist unser Ziel und unter diesen Gesichtspunkten muß auch unsere Entscheidung, nicht zu kandidieren, gesehen werden.

Diplom-Studiengang Physik

Erste Silberstreifen

»Ernst, aber nicht hoffnungslos« bezeichnen betroffene Hochschullehrer die Lage im Fach Physik, nachdem das Ministerium nach langem Tauschen zunächst fünf Stellen, darunter zwei H-4-Stellen, freigegeben und zugesagt hat, über die Berufsliste einer H-3-Stelle bald zu entscheiden. Die Entscheidung des Ministeriums fiel zeitlich zusammen mit der Klage von 30 Physik-Studenten, die sich per Verwaltungsgerichtsentscheid ein ausreichendes Lehrangebot für ein ordnungsgemäßes Studium sichern wollen. Voraussichtlich in der nächsten Woche wird das Verwaltungsgericht Oldenburg über die beantragte einstweilige Anordnung entscheiden, die sich gegen das Land Niedersachsen und die Universität richtet.

Das Ministerium bestreitet jeden Zusammenhang seiner Freigabeentscheidung mit der Klage der Studenten. Vielmehr sei dafür das jetzt auch der Universität vorliegende Gutachten über den Ausbau der Naturwissenschaften an den Universitäten Oldenburg und Osnabrück maßgeblich. In dem Gutachten wird von auswärtigen Experten lediglich ein starker Ausbau der Chemie in Oldenburg empfohlen, falls die finanziellen Ressourcen des Landes nicht ausreichen. Dagegen soll die Physik zurückstehen. Sie soll lediglich soweit ausgebaut bzw. ergänzt werden, daß Lehramtsstudiengängen bis zum Abschlußexamen alle erforderlichen Dienstleistungen für Nebenfachstudenten (Ausbildung Lehramt) und die sogenannte

Hauptfachausbildung (zum Diplom-Physiker) bis zum Vordiplom gewährleistet werden. Für die Universität Osnabrück gelten die Empfehlungen analog jeweils für das alternative Fach.

Ob die Gutachterempfehlungen vom Land Niedersachsen so akzeptiert werden, steht noch dahin. In mehreren Verhandlungen mit dem Rektorat und Oldenburger Hochschullehrern hat Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel zugesagt, er werde sich dafür einsetzen, den Diplom-Studiengang bis zum Abschluß an der Universität zu erhalten - dies wohl auch aus der Einsicht, daß eine Ausbildung bis zum Vordiplom »ein größtmöglicher Unsinn wäre«, wie es ein Hochschullehrer ausdrückte. Denn kaum ein Diplom-Student wäre wohl ernsthaft bereit, sich an einer Hochschule zu immatrikulieren, an der er das Abschlußexamen nicht ablegen kann.

Um einen vollen Diplom-Studiengang zu ermöglichen, sind allerdings mindestens 27 Stellen notwendig. Zur Zeit lehren neun Physiker an der Oldenburger Universität, die wie die Studenten nach Aussagen auch der Gutachter unter »katastrophalen Bedingungen« arbeiten. Dies wird sich voraussichtlich auch kurzfristig nicht ändern, denn die freigegebenen Stellen werden kaum so schnell besetzt werden können, daß sich die Lehrsituation schon zum Wintersemester kurzfristig verbessert. Deshalb wollen die Studenten auch keineswegs ihre Klage fallenlassen.

Publikationen des ZpB

Vom ZpB sind in der letzten Woche zwei neue Hefte herausgegeben worden. Es handelt sich dabei um das Heft 8 der »Materialien zur Kooperation zwischen Schule und Universität«, das über »Ausbildungsverhältnisse in der Einphasigen Lehrerbildung« berichtet und neben aktuellen bildungspolitischen Dokumenten die vorgeschriebenen neuesten Daten und Zahlen zur berufspraktischen Ausbildung enthält.

In der Reihe »Berichte aus den Projekten« erschien als P 6 ein Bericht über ein Projekt des 1. Studienabschnitts: »Theorie und Praxis der Erziehungstätigkeit« (4,- DM). Das darin vorgestellte Modell für erziehungswissenschaftliche Einführungsveranstaltungen befaßt sich u.a. mit Fragen der Kleingruppenarbeit, den Ansätzen von schulischen und außerschulischen Erkundungen sowie Planungsüberlegungen zu erziehungswissenschaftlichen Studiengängen.

Regelstudienzeiten grundgesetzwidrig

Die im Hochschulrahmengesetz festgelegten Bestimmungen zur Regelstudienzeit und zur Einhaltung von Prüfungsfristen sowie die damit zusammenhängende zwangsweise Exmatrikulation der Studenten sind mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Diese Stellungnahme schickte der Senat der Saaruniversität an den saarländischen Kultusminister. Der Senat stützt seine Auffassung an das Numerus-Clausus-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

Iran-Veranstaltung

Am 22. Juni findet in der Aula der Universität zu den Nahost-Unruhen im Iran eine Veranstaltung statt, die u.a. vom Nahost-Komitee, von amnesty international und vom ASTA getragen wird. Neben Berichten über politische Hintergründe und über Folterungen in Persien soll ein Dokumentarfilm gezeigt werden.

Quo vadis?

Quo vadis? Um diese Frage beantworten zu können, brauchten wir ein ganzes Semester. Wir, das sind die Studenten des damaligen Projektvorlaufes und heutigen Projektes 21 mit dem schönen Titel »Sozialisation in Hochschule und Schule«.

Motiviert durch die trüben Erfahrungen bei unserem Studienbeginn hofften wir, durch die Errichtung eines Infostandes den Erstsemestern einiges von dem zu ersparen, was uns fast die Lust am Studium vergällt und die Nerven geraubt hat. Resultierend aus den Arbeitsergebnissen während unserer außerschulischen Erkundung konnten wir informieren über die »Einphasige Lehrerbildung« (ELAB), das »Bibliotheks- und Informationssystem« (BIS), das »Hochschulinterne Fernsehen« (HIFO), das »Zentrum für pädagogische Berufspraxis« (ZpB), die Studienkommissionen (Stukos), die Fachbereiche (FB) und die Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung (KWW).

Außerdem konnten wir außer fachlichen Informationen auch »menschliche« Tips geben (Kantinen, Toiletten usw.). Leider bewahrheitete sich dann während der Orientierungswoche die alte Weisheit, daß Erfahrungen sich nicht übertragen lassen. Die meisten Erstsemesterstudenten waren durch den Wust von Informationen vollkommen überladen und dadurch weder aufnahmefähig noch -willig, was wir aus deren Situation heraus vollkommen verstehen können.

Für uns, d.h. den Mitarbeitern des Info-Standes, war die Orientierungswoche mehr oder weniger ein Zeitraum, in dem wir den Titel des Projektes inhaltlich durch Erleben ausfüllen konnten. Wenn es uns auch nicht gelungen ist, unsere Zielgruppe zu erreichen, so haben wir es doch geschafft, uns selber auf die Beine zu helfen, d.h. ein bestimmtes Maß an Selbstbewußtsein zu entwickeln, was uns dabei helfen wird, dem »Unirummel« einigermaßen gelassen aber trotzdem kritisch gegenüberzustehen.

Wer Interesse an unseren außerschulischen Erkundungen hat, kann eine Zusammenfassung der Erkundungsberichte über das ZpB erhalten.

Zeitgeschichte gefördert

Die Stiftung Volkswagenwerk Hannover bereitet einen neuen Förderungsschwerpunkt, »Deutschland nach 1945 - Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR«, vor. Im Rahmen dieses neuen Schwerpunktes können z.B. Vorhaben aus folgenden Problemfeldern bearbeitet werden: Besatzungspolitik und ihre Auswirkungen, Bedingungen zur Entstehung der beiden deutschen Staaten, Entwicklung des Parlamentarismus und der Parteien, ökonomisch-soziale und geistig-kulturelle Entwicklungen.

Behinderte einbeziehen

Seit Jahren schon liegen die Probleme der Schwebehinderten an dieser Universität auf dem Tisch - leider wurde bisher wenig für sie getan. Die Universität als Arbeitgeber hat es versäumt, 6 Prozent der Arbeitsplätze, wie im Schwerbehindertengesetz vorgeschrieben, mit Schwerbehinderten zu besetzen - stattdessen nur etwa 3 Prozent. Aus diesem Grunde stehen der Uni aus den Mitteln des Sonderprogramms für die Wiedereingliederung von arbeitslosen Schwerbehinderten nur zum geringen Teil Zuschüsse zur Verfügung. Genutzt wurde diese Möglichkeit von der Universität bisher überhaupt noch nicht. Probleme gibt es genug. Hier die wichtigsten Forderungen:

- Mitbestimmung des Schwerbehinderten-Vertreters bei Umbau- und Neubaumaßnahmen, denn kein Nicht-Behinderter kann sich in die Lage eines Behinderten versetzen.
- Auffahrampen und größere Fahrstühle. Bis jetzt ist nur das AVZ für Rollstuhlfahrer (begrenzt) zugänglich.
- mehr und menschlicher gestaltete sanitäre Anlagen. Gegenwärtig ist eine Schwerbehinderten-Toilette (AVZ) vorhanden, die bis vor kurzem als Abstellraum diente und erst aufgrund des Protestes eines Rollstuhlfahrers geräumt wurde.
- zur Verfügungstellung eines Raumes, in dem Schwerbehinderte ungestört mit

ihrem Vertrauensmann sprechen können.

- gekennzeichnete Parkplätze möglichst direkt an den Gebäuden. Beschluß eines Statuts, wonach widerrechtlich Parkende abgeschleppt werden können.
- besondere Berücksichtigung von Schwerbehinderten bei der Neubesetzung von Stellen. Die Universitätsleitung wird aufgefordert, in die öffentlichen Ausschreibungen von Stellenangeboten den Zusatz aufzunehmen: »Schwerbehinderte werden bevorzugt berücksichtigt«, damit die Universität ihr Soll von 6 Prozent Schwerbehinderten-Arbeitsplätzen endlich erfüllt. (Vgl. hierzu Uni Osnabrück mit 12 Prozent).
- bevorzugte Behandlung von Schwerbehinderten in der Mensa und Schaffung von ausreichenden Sitzplätzen, damit nicht besonders gekennzeichnete Sitzplätze für Schwerbehinderte eingerichtet werden müssen.

Hier kann die »Ag Schwerbehinderte« einen ersten Erfolg verbuchen. Das Personal in der Mensa ist angewiesen worden, Schwerbehinderte bevorzugt zu bedienen; von den anderen Mensabesuchern wird Rücksicht erwartet. Das Studentenwerk prüft gegenwärtig, inwieweit durch neues Mobiliar mehr Sitzplätze und damit freie Plätze für Schwerbehinderte geschaffen werden können.

AG Schwerbehinderte

Personalien

Dr. Heinz W. Giese, Assistent im Fachbereich II, hat im März an der Tagung »Neure Konzepte zur Entwicklung der sprachlichen Handlungsfähigkeit des Kindes« teilgenommen und einen Vortrag »Instruktion und kommunikatives Handeln in der Grundschule« gehalten.

Heike Hußmann ist als Raumpflegerin im Dezernat 4 eingestellt worden.

Gertrud Iwers wurde als Angestellte in der Bibliothek eingestellt.

Franz Kastner ist als Tischlermeister in den polytechnischen Werkstätten der ZETWA eingestellt worden.

Walter Kenkel ist als Verwaltungsangestellter im Dezernat 3 eingestellt worden.

Klaus Klattenhoff, Assistent im Fachbereich I, nahm im April an einem internationalen Kolloquium des Instituts für Schulbau der Universität Stuttgart zum Thema »Neues Leben in alten Schulen« teil und hielt dort einen Vortrag über »Schulbauten als Quellen für erziehungsgeschichtliche Forschung«. Außerdem referierte er am 30. April 1978 auf einer Tagung der Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum in der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft in Berlin über »Aktivitäten zur Einrichtung pädagogischer Sammlungen und Museen und den damit in Verbindung stehenden Arbeitsvorhaben in Oldenburg«.

Professor Dr. Ulrich Knauer, hielt am 26. 5. 78 auf Einladung der Malaysischen National Universität, Kuala Lumpur, auf dem 3. Südostasiatischen mathematischen Symposium ein Hauptreferat zum Thema »Einfluß der Berufspraxis des Mathematikers in der Industrie auf die Hochschulausbildung«.

Professor Dr. Wolfgang Promies, Hochschullehrer im Fachbereich II, ist vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit zum Vorsitzenden der Sonderjury zum Deutschen Jugendbuchpreis 1978 berufen worden. Der vom Ministerium gestiftete Sonderpreis steht unter dem Thema »Konflikte, Auseinandersetzungen, Begegnungen. Probleme der Unterentwicklung heute.« Der Preis wird auf der diesjährigen Buchmesse in Frankfurt vergeben.

Ausschreibungen

Fachbereich I, 10 Tutorienstellen für das WS 1978/79 (vorbehaltlich der Genehmigung durch den Senat). Bewerbungen bis 27. Juni 1978 an die Geschäftsstelle des Fachbereichs I (B 003). Nähere Hinweise hängen am Schwarzen Brett des FB I aus.

Termine

Mittwoch, 14.6.78, 9.00, AVZ 5-443.

Gastvortrag von Professor Helga Einsele (Frankfurt) zum Thema »Sozialarbeit mit Frauen in der Strafanstalt - Sozialarbeit mit Haftentlassenen«.

Donnerstag, 15.6.1978, 8.30, D 103.

Hochschulöffentliche Disputation »Fernando Mires«.

Donnerstag, 15.6.78, 20.00, Oldenburger Kunstverein, Elisabethstr.

1 a. Dr. Dieter Ronte (Köln) hält einen Lichtbildervortrag über »Jasper Johns«.

Montag, 19.6.78, 20.00, VG 004.

Gastvortrag von Radomar Smiljanić zum Thema »Partei und Poesie - Die Position des Schriftstellers im ideologischen Kontext Jugoslawiens«.

Dienstag, 20.6.78, 19.00, Brücke der Nationen.

Vortragsveranstaltung mit dem jugoslawischen Schriftsteller Radomir Smiljanić zum Thema »Die moderne jugoslawische Literatur«.

Montag, 26.6.78, 20.00, VG 217.

Gastvortrag von Ute Gerhard (Bremen) zum Thema »Frauenarbeit im 19. Jahrhundert«.

Aufgelesen

»ES GIBT KEINE ABHÖRSICHEREN FERNSPRECHVERBINDUNGEN. Wiederholt auftretende Doppelverbindungen und plötzlich einsetzende und bleibende Beeinträchtigungen der Gesprächsqualität können auf unbefugtes Abhören hinweisen. Melden Sie bitte jede Ihnen verdächtig vorkommende Wahrnehmung dieser Art dem Geheimschutzbeauftragten des Hauses.« Warnung im Fernsprechverzeichnis des Niedersächsischen Kultusministers.

Dissertation

liegt aus

Die Dissertationen von Hans Dieter Vogt und Werner Fölling mit den dazu angefertigten Gutachten liegen bis zum 20. Juni in der Geschäftsstelle des FB I zur Einsichtnahme durch die Hochschullehrer aus. Titel der Dissertationen: »Die deutschen Schulen in Bolivien - Arbeit und Funktion deutscher Auslandsschulen in einem Entwicklungsland« (Hans Dieter Vogt), »Wissenschaftswissenschaft und erziehungswissenschaftliche Forschung« (Werner Fölling).